

01.09.2013 Patientenrecht

Safety Clip: Das Patientenrechtegesetz – Elf Punkte für die Umsetzung im Klinikalltag

J. Jaklin



Das Patientenrechtegesetz wirft Fragen auf. Viele Chirurgeninnen und Chirurgen sind verunsichert. Was ändert sich? Was bleibt? Worauf ist angesichts der neuen Gesetzeslage zu achten? Johannes Jaklin, Fachanwalt für Medizinrecht und Leiter der Abteilung Schaden bei der Ecclesia Gruppe, gibt eine erste Einschätzung.

Am 26.02.2013 ist das Patientenrechtegesetz in Kraft getreten. Der Gesetzgeber verfolgt damit das Ziel, mehr Transparenz über bereits bestehende Patientenrechte zu schaffen und die Durchsetzung dieser Rechte zu erleichtern. Auch im Falle von Behandlungsfehlern soll der Patient von nun an die geeignete – gesetzlich verankerte – Unterstützung erhalten.

Wesentlicher Bestandteil der Neuregelungen sind die Besonderheiten der Arzthaftung, die durch eine Ergänzung des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt wurden.

Es folgt ein Überblick über die neue Gesetzeslage. Wir zeigen zudem auf, welche Probleme aus den Regelungen entstehen können und geben erste Empfehlungen für die Umsetzung des Patientenrechtegesetzes im Klinikalltag.

Kodifizierung der Rechtsprechung

Die Berufshaftung von Ärzten war bisher nicht gesondert geregelt, sondern unterfiel allgemeinen

Haftungsnormen. In der Vergangenheit hat die Rechtsprechung im Laufe der Zeit haben die Gerichte – die schwierige Aufgabe, Rechte zugunsten der Patienten entwickelt, um eine „Ausgewogenheit“ zwischen ärztlichen Gegenpart sicherzustellen.

Folgerichtig musste der Gesetzgeber keine neuen Patientenrechte kodifizieren. Im Grundsatz ist das über Jahrzehnte entfallen. Erst in der Gesetzesform gebracht worden. Grundlegende Neuregelungen.

Behandlungsvertrag

Gegenstand der ärztlichen Behandlung ist ein menschliches Leben, das der Arzt nicht stets voll beherrschen kann. Infolgedessen geht es nicht dahin, deren Gesundheit wiederherzustellen. Der Arzt bemüht sich um die Herbeiführung der Genesung zu bemühen.

Diesem Umstand trägt der Gesetzgeber Rechnung, indem er den „Behandlungsvertrag“ den Regelungen des Dienstvertrags im Gegensatz zum Werkvertragsrecht – der Arzt nicht

Die Regelungen des neugeschaffenen Behandlungsvertrags für Psychotherapeuten, Hebammen, Logopäden sowie

Aufklärung – aufklärende Person

Neben dem Behandelnden selbst kann die Aufklärung auch durch eine andere Person durchgeführt werden. Diese Person muss eine entsprechende Ausbildung verfügt. Es muss eine fachliche Ausbildung die notwendige theoretische Kenntnisse erworben hat, auch wenn sie möglicherweise noch nicht in der Lage ist, die eigenständige Durchführung der Maßnahme selbst umzusetzen.

Wir leiten daraus ab, dass der Gesetzgeber eine formale Aufklärungsgespräch nicht prinzipiell fordert. Dies kann durch theoretischen Kenntnisse fachärztliche Kompetenz vor

Aufklärung – Aushändigung von L

Die Aufklärung hat mündlich zu erfolgen. Der Gesetzgeber hat ergänzend Bezug genommen werden kann.

Neu ist die Verpflichtung, dem Patienten auf Verlangen eine Kopie der Aufklärung zusammen mit der Aufklärung unterzeichnet hat zu übergeben.

Es dürfte unzureichend sein, lediglich ein Blanko-Form
Unterlagen herauszugeben. Wenn kein vollständiger D
dem Patienten eine Kopie auszuhändigen.

Vielfach werden Aufklärungsbögen ergänzt, etwa durc
Zeichnungen. Gerade diese Details dürften bei der Aus

Unverzichtbar ist es, sich den Erhalt der Abschrift oder
in jedem Fall in den Krankenunterlagen verbleiben.

Auch wenn im Patientenrechtegesetz nicht ausdrückli
Gefahr, dass sich die Beweissituation für den Arzt vers
Veränderungen oder Ergänzungen der Akten vorwirft.

Aufklärung – wirtschaftliche Aufk

Es gibt therapeutische Maßnahmen, deren Kosten der
kosmetischen Operation unterzieht, wird in der Regel
das weiß oder sich zumindest hinreichende Anhaltspu
Selbstzahlungspflicht aufzuklären. Die Aufklärung mu
enthalten.

Neu ist, dass diese Aufklärung in Textform erfolgen m
Krankenhauses/des Arztes zu versehen ist, sollte nach

Wir empfehlen zudem einen ergänzenden Hinweis auf
Krankenkasse Versicherte an den Kosten einer Behand
ästhetischen Operation entstehen. Wird den gesetzlich
Vergütungsanspruch.

Informationen über Behandlungsf

Das Gesetz erlegt Ärzten nun ausdrücklich die Pflicht a
welche die Annahme eines Behandlungsfehlers begrür
Gefahren notwendig ist, oder auch auf Nachfrage. Dies
als auch für Behandlungen von Kollegen.

Diese Vorschrift verpflichtet nach unserem Verständni
aus denen sich ein Behandlungsfehler ergeben könnte
ein Behandlungsfehler vorliegt, besteht aus unserer Si

Wir raten davon ab, den Begriff „Behandlungsfehler“ ir
technicus, der nach juristischen Kriterien zu prüfen ist

Ein Beispiel: Bei Entfernung der Gebärmutter im Rahm wird sofort bemerkt und die Patientin entsprechend v hingewiesen werden, ohne jedoch eine Wertung vorzu nicht.

Eine ausdrückliche Sanktion bei Verstößen gegen dies Informationen im Zusammenhang mit eigenen Behan Verwertungsverbot.

Dokumentation

Die Pflicht, zeitnah eine Dokumentation, deren Umfan in Papierform oder elektronisch zu erstellen, ist erstm nachträgliche Berichtigungen und Änderungen, die gr Inhalt erkennbar bleibt und das Datum der Änderung €

Für Papierakten bedeutet dies, dass kein Tipp-ex verwa Umsetzung bei elektronischen Akten, für welche die R Software-Anbieter eine Lösung zu finden, die diese Voi

Dauer der Aufbewahrung der Patie

Der Wortlaut der gesetzlichen Regelung erweckt zunäc Behandlungsunterlagen nun erfreuliche Klarheit gesch lang aufbewahrt werden, sofern nicht andere Vorschrif

Der Blick auf die Gesetzesbegründung relativiert die – Aufbewahrungspflicht weit über zehn Jahre hinausgeh bzw. die Gegebenheiten im Einzelfall dies erfordern.

Die Frage der Aufbewahrungsdauer von Patientenakte Kriterien wie bisher gehandhabt werden. Wenn im Einz Ansprüche geltend gemacht wurden, sind die Unterlag

Beweislast

Immer wieder wurde im Zusammenhang mit dem Pati gesprochen. Zum einen kommt die Frage nach der Bew sich eine entscheidungserhebliche Tatsache nicht sich

Zum andern ändert die neue gesetzliche Regelung nict gesamten Zivilrecht geltenden Grundsatz, dass beweis Das bedeutet, dass grundsätzlich der Patient das Vorlie beweisen muss.

Zugunsten des Patienten hat die Rechtsprechung bereits den Grundsatz entwickelt (Beweislastumkehr), von denen i

Die Rolle der Krankenkasse

Stand es in der Vergangenheit noch im freien Ermessen der Krankenkassen, die Verfolgung von Schadenersatzansprüchen wegen Behandlungsfehlern zur Regel gemacht. Die Versicherungsträger werden als

Fakt ist, dass die gesetzlichen Krankenkassen schon in der Vergangenheit die Unterstützung von Versicherten hatten, da sich ihnen die Kosten für den Behandlungsfehler getragenen Behandlungskosten zu jeher reichlich Gebrauch gemacht. Es bleibt abzuwarten, ob die gesetzliche Regelung gesteigert werden.

Versicherungspflicht für Ärzte

Durch eine Änderung der Bundesärzteordnung wird der Versicherungsschutz für den Fall an die Hand gegeben, dass der Arzt keinen Versicherungsschutz dem Fall kann nun das Ruhen der Approbation ausgesp

Eine Aussage darüber, ob und in welchem Umfang eine Versicherungspflicht ausdrücklich nicht. Für diese Frage sind nach wie vor die Berufsordnungen der Ärztekammern entscheidend. Sie werden stärker in den Fokus.

Wir hoffen, dass Ihnen diese Informationen helfen, die Änderungen des Patientenrechtegesetz wirft eine Reihe neuer Fragen an

Jaklin J. Safety Clip: Das Patientenrechtegesetz: Elf Punkte für die Umsetzung im Klinikalltag. Passion Chirurgie. 2013 September; 3(09): Artikel 03_04.

Autor des Artikels



Johannes Jaklin

Fachanwalt für Medizinrecht
Leiter Abteilung Schaden Krankenhaus
Ecclesia Versicherungsdienst GmbH
Ecclesiastraße 1-4
32758 Detmold

[> kontaktieren](#)

